



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
5. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.11.2023	
Sitzungsbeginn:	16:32 Uhr	
Sitzungsende:	18:45 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch - CDU Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Peter Petereit - SPD & FW Erster Stellvertr. Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender		
Michelle Akyurt - CDU		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender		
Thorsten Fürter - FDP Fraktionsvorsitzender		
Dirk Groß - AfD Fraktionsvorsitzender		
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Juleka Schulte-Ostermann - LINKE & GAL		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Bernhard Simon - CDU		
Tim Stüttgen - Unabhängige Volt-PARTEI		
Tamina Vahlendieck - SPD & FW Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Gregor Voht - SPD & FW		
Frank Zahn - SPD & FW		
Lothar Möller - BfL (fraktionslos)		
Stellvertreter:in		
Jochen Mauritz - CDU	Vertretung für: Herrn Andreas Zander	
Beiratsmitglieder		
Götz Gebert - Beirat für Senior:innen	Teilnahme bis 18.34 Uhr (als Gast)	
Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen	Teilnahme bis 18.34 Uhr	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		

Andreas Müller - Freie Wähler & Die Linke	
Detlev Stolzenberg - Hauptausschuss - Die Unabhängigen	
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Janika Köhler - Persönliche Referentin	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	Teilnahme bis einschließlich TOP 12.1
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	Teilnahme bis 18.22 Uhr
Piroska Csösz - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	Teilnahme bis 18.28 Uhr
Ralf Kuschmierz - FBC FB 2	Teilnahme öffentlicher Teil bis 18.43 Uhr
Mathias Mucha - 3.700 EBL	Teilnahme bis 18.32 Uhr
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	Teilnahme bis 18.25 Uhr
Katrin Sinner - 2.280.5 Stiftungsverwaltung	Teilnahme bis 18.28 Uhr
Aiko Wagner - 4.040 FBC	Teilnahme öffentlicher Teil bis 18.43 Uhr
Christian Wulf - 3.700 EBL	Teilnahme bis 18.32 Uhr
Protokollführung	
Tim Landschof - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Antje Luck - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Gäste	
Dirk Gerdes - KWL GmbH	Teilnahme öffentlicher Teil bis 18.43 Uhr
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Andreas Zander - CDU	entschuldigt
Verwaltung	
Senator Ludger Hinsens - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.09.2023	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.09.2023	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.10.2023	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Sachstand zur aktuellen Situation Geflüchtete (Sen Steinrücke)	
3.2	Ausschreibungstext der Planstelle der Leitung des Bereiches Familienhilfen / Jugendamt	VO/2023/12695
3.3	Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neue Arbeitsformen in der Verwaltung	VO/2021/10520
3.3.1	AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Anfrage zu Homeoffice in der städtischen Verwaltung	VO/2023/12623
3.3.2	Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neue Arbeitsformen in der Verwaltung	VO/2021/10520-01
3.4	AM Birte Duggen & AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Klimaneutralität und Versorgungssicherheit bei den SWL	VO/2023/11975
3.5	Antwort auf den Dringlichkeitsantrag des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Dringlichkeitsantrag Brandschutzertüchtigung Schrankhaus und Kammerhaus	VO/2023/12632-01
3.6	Anfrage von AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Städtische Mitarbeiter*innen mit EG1	VO/2023/12685
3.7	Anfrage von AM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Anfrage zu Informationszugangseinschränkungen für Bürgerschafts- und Ausschussmitglieder	VO/2023/12694
3.8	AM Christopher Lötsch (CDU): Brandschutzkonzept Heiligen-Geist-Hospital	VO/2023/12713
3.9	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu Genderpflicht für Gutachten	VO/2023/12728
3.10	AM Christopher Lötsch (CDU): Fragen zum Digitalisie-	VO/2023/12742

	rungsstand in der Hansestadt Lübeck	
3.11	NEU: Mündliche Anfrage des AM Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen): Beantwortung seiner mündlichen Anfrage vom 10.10.2023 zur Baugenehmigung für Brandschutzkonzept HGH	
3.12	NEU: Mündliche Anfrage des AM Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen): Anmeldung des Baubeginns für Brandschutzkonzept HGH	
4	Berichte	
4.1	Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen: Zwischenevaluation (u. a. Beantwortung der Anfrage von AM Helmut Müller-Lornsen vom 12.09.2023, VO/2023/12530)	VO/2023/12658
4.2	Bürgerschaftsauftrag zur Zukunft der Geh- und Radwege in Lübeck	VO/2023/12397
4.3	Sachstandsbericht zum Parkhaus Holstentor	VO/2023/12401
4.4	Zukunftskonzept untere Bauaufsicht Hansestadt Lübeck	VO/2023/12440
4.5	Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde - Ergänzung Variante 6	VO/2023/12514
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Haushaltsplan der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital (HGH) für das Haushaltsjahr 2024	VO/2023/12371-01
5.2	Kostenübernahme durch die Hansestadt Lübeck für das durchzuführende VGV-Verfahren zur brandschutztechnischen Ertüchtigung des Alten- und Pflegeheimes im Heiligen-Geist-Hospital	VO/2023/12669
5.3	Erstattung aller bisher geleisteten Brandschutzkosten im Rahmen des Interimskonzeptes der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital durch die Hansestadt Lübeck	VO/2023/12672
5.3.1	Anfrage von AM Juleka Schulte-Ostermann zu: VO/2023/12672 Erstattung aller bisher geleisteten Brandschutzkosten im Rahmen des Interimskonzeptes der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital durch die Hansestadt Lübeck	VO/2023/12672-01
5.4	Jahresabschluss der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Jahr 2022	VO/2023/12551
5.5	2. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck vom 02.12.2020 in der Fassung vom 16.10.2022 und des dazugehörigen Straßenverzeichnisses	VO/2023/12653

5.6	Provenienzforschung in der Völkerkundesammlung der LÜ-BECKER MUSEEN und Restitution von Sammlungsobjekten aus kolonialen Kontexten	VO/2023/11943
5.7	Annahme einer Zuwendung der Possehl-Stiftung in Höhe von 1.000.000,00 Euro für das Programm zur »Neupositionierung der Kunsthalle St. Annen 2023-2025«	VO/2023/12643
5.8	Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde	VO/2022/11168
5.9	Projektfreigabe zur Umnutzung des "Hausmeister-Hauses" an der Gotthard-Kühl-Schule am Neuhof zur Aufnahme des Schulsozialdienstes.	VO/2023/12656
5.10	Freigabe zur Fortführung der Maßnahme "Albert-Schweitzer-Schule - Neubau einer Sporthalle" aufgrund Überschreitung der Projektkosten	VO/2023/12657
5.11	Freigabe zur Fortsetzung des Projektes "4. Bauabschnitt Sanierung C.-J.-Burckhardt Gymnasium, Ziegelstr. 38, 23556 Lübeck", aufgrund Überschreitung der Projektkosten von >175.000 EUR netto des veranschlagten Gesamtbudgets	VO/2023/12660
5.12	Freigabe zur Fortsetzung des Projektes "Erweiterung, Umbau und Modernisierung der Albert-Schweitzer-Schule, Albert-Schweitzer-Straße 59, 23566 Lübeck" aufgrund Überschreitung der Projektkosten von >175.000 EUR netto des veranschlagten Gesamtbudgets	VO/2023/12678
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen und Sachleistungen an die Fraktionen der Bürgerschaft	VO/2023/12314
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Kein Verkauf des Sportplatzes an der Grundschule Niederbüßau	VO/2023/12708
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 16:32 Uhr die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU TOP 3.9 (VO/2023/12728)

Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu Genderpflicht für Gutachten

NEU TOP 3.10 (VO/2023/12742)

AM Christopher Lötsch (CDU): Fragen zum Digitalisierungsstand in der Hansestadt Lübeck

NEU TOP 5.3.1 (VO/2023/12672-01)

Anfrage von AM Juleka Schulte-Ostermann zu: VO/2023/12672 Erstattung aller bisher geleisteten Brandschutzkosten im Rahmen des Interimskonzeptes der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital durch die Hansestadt Lübeck

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes Schleswig-Holstein ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist. Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 12.1 und 14.1 einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist. Der Bürgermeister hat um die Teilnahme folgender Mitarbeitenden gebeten:

- Herr Oliver Groth, Bereichsleiter 1.101 Bürgermeisterkanzlei
- Herr Manfred Uhlig, Bereichsleiter 1.201 Haushalt und Steuerung (zu TOP 12.1)
- Frau Janika Köhler, Persönliche Referentin des Bürgermeisters

Der Hauptausschuss ist einstimmig einverstanden.

Der Vorsitzende schlägt vor, alle TOP bezüglich des Heiligen-Geist-Hospitals (HGH), also die TOP 3.5, 3.8, 5.1, 5.2 und 5.3, zusammen zu beraten.

Der Hauptausschuss ist einstimmig einverstanden.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung der TOP 4.5, 5.8 und 6.1.

Der Hauptausschuss ist einstimmig einverstanden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

Der Hauptausschuss stellt die Tagesordnung damit einstimmig fest.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.09.2023

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss genehmigt die vorgelegte Fassung der Niederschrift.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.09.2023

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss genehmigt die vorgelegte Fassung der Niederschrift.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.10.2023

Die Niederschrift liegt noch nicht vor. Der Verwaltung bittet um Vertagung des TOP.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Sachstand zur aktuellen Situation Geflüchtete (Sen Steinrücke)

Frau Senatorin Steinrücke berichtet über die aktuelle Situation von Geflüchteten in der Hansestadt Lübeck:

Die Hansestadt Lübeck habe im Jahr 2023 bisher 892 Personen untergebracht. Dies seien deutlich weniger als 2022, als 1320 Personen untergebracht worden seien. Im Jahr 2021 seien zwischen 400 und 500 Personen untergebracht worden. Im Jahr der letzten großen Flüchtlingskrise 2016 seien 1216 Personen in der Hansestadt Lübeck untergebracht worden.

Frau Steinrücke berichtet weiter, dass das Land angekündigt habe, Lübeck bis zum Ende des Jahres 2023 300 weitere Flüchtlinge zur Unterbringung zuzuteilen. Davon seien 138 Personen mit Stand vom 06.11. bereits aufgenommen worden. Die Hansestadt Lübeck habe auf Nachfrage beim Land außerdem erfahren, dass bis zum Ende des Jahres nicht mit einem weiteren gravierenden Anstieg der Zuteilungszahlen zu rechnen ist.

Im Hinblick auf die Auslastung der Unterbringungsmöglichkeiten berichtet Frau Steinrücke, dass insgesamt 170 Plätze zur Unterbringung von Geflüchteten zurzeit frei seien. Gleichzeitig rechne die Stadt mit circa 50 Auszügen pro Monat. Im Monat November werde außerdem eine neue Gemeinschaftsunterkunft mit 40 Plätzen in Betrieb genommen. Vor diesem Hintergrund sei davon auszugehen, dass die Unterbringungskapazitäten bis in das neue Jahr ausreichen werden. Sie kündigt darüber hinaus an, dass die Stadt im nächsten Jahr zusätzliche Unterkünfte in Betrieb nehmen und anmieten werde. Die politischen Gremien würden dazu laufend informiert werden.

Als Fazit gelte es festzuhalten, dass die Hansestadt Lübeck insgesamt gut aufgestellt sei im Hinblick auf die aktuellen und bevorstehenden Herausforderungen. Die Hansestadt Lübeck stelle sich breit auf, indem die Senatorinnen Frank und Hagen sowie ihre Fachbereiche ebenfalls in die Planungen eingebunden werden. Herausforderungen bezüglich der Bildung sowie der räumlichen Unterbringung der Geflüchteten könnten so gezielt angegangen werden.

AM Siegenbrink stellt eine Nachfrage zum Sachstandsbericht, die sich auf die geplanten Standorte der im nächsten Jahr einzurichtenden Unterkünfte bezieht. Frau Senatorin Steinrücke beantwortet die Nachfrage.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2 Ausschreibungstext der Planstelle der Leitung des Bereiches Familienhilfen / Jugendamt Vorlage: VO/2023/12695

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3 Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neue Arbeitsformen in der Verwaltung
Vorlage: VO/2021/10520**

**zu 3.3.1 AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Anfrage zu Homeoffice in der städtischen Verwaltung
Vorlage: VO/2023/12623**

Die Behandlung des TOP erfolgt unter Punkt 3.3.2.

**zu 3.3.2 Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neue Arbeitsformen in der Verwaltung
Vorlage: VO/2021/10520-01**

Durch diese Antwort wird zugleich die Anfrage des AM Schulte-Ostermann (VO/2023/12623 (zu TOP 3.3.1)) beantwortet.

AM Dr. Flasbarth äußert seine Enttäuschung darüber, dass die Hansestadt Lübeck beim Thema neue Arbeitsformen in der Verwaltung nicht vorankomme. Er zeigt sich verwundert darüber, warum der diesbezügliche Bürgerschaftsbeschluss aus der diesjährigen Haushalts-sitzung in den Antworten der Verwaltung unberücksichtigt bleibe. Damals sei beschlossen worden, dass eine Pilotstudie durchgeführt wird, um zu untersuchen, wie das Ziel von 20 Prozent Kostenersparnis durch Desk-Sharing zu erreichen ist. AM Dr. Flasbarth fragt nach, wie der Zeitplan der Verwaltung aussehe, um diesen Bürgerschaftsbeschluss umzusetzen.

Herr Bürgermeister Lindenau beantwortet die Nachfrage mit Hinweis auf einen noch in diesem Jahr erscheinenden Zwischenbericht zum Thema Verwaltungsstandorte, der den Zeitplan der Verwaltung aufzeigen werde.

AM Schulte-Ostermann stellt eine Rückfrage bezüglich des maximalen prozentualen Telearbeitsanteils an der wöchentlichen Arbeitszeit.

Herr Bürgermeister Lindenau erklärt, dass der maximale Telearbeitszeitanteil bei der Hansestadt Lübeck 50 Prozent betrage.

AM Fürter spricht zu den Antworten der Verwaltung.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4 AM Birte Duggen & AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):
Klimaneutralität und Versorgungssicherheit bei den SWL
Vorlage: VO/2023/11975**

Die Beantwortung dieser Anfrage erfolgt unter TOP 12.1 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

**zu 3.5 Antwort auf den Dringlichkeitsantrag des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 /
DIE GRÜNEN): Dringlichkeitsantrag Brandschutzertüchtigung Schrankhaus
und Kammerhaus
Vorlage: VO/2023/12632-01**

Dieser TOP wurde gemeinsam mit den TOP 3.8, 5.1, 5.2, 5.3 und 5.3.1 beraten.

AM Flasbarth äußert seine Verwunderung über die VO/2023/12669 (zum TOP 5.2), in welcher geschätzte Kosten von 11,8 Millionen Euro für die brandschutztechnische Sanierung des HGH nach Maßgabe eines Bürgerschaftsbeschlusses vom 29.06.2023 beziffert werden, obwohl die Bürgerschaft die Umsetzung eines Brandschutzkonzeptes beschlossen habe, die 8 bis 9 Millionen Euro weniger koste. Aus Sicht von Bündnis 90 / Die Grünen sei es daher geboten, die finanziellen Mittel für die Umsetzung eines Brandschutzkonzeptes zur Verfügung zu stellen, nicht aber für eine brandschutztechnische Sanierung.

AM Dr. Flasbarth fragt nach, was von dem Brandschutzkonzept bereits umgesetzt worden sei, was noch umzusetzen sei und was die Umsetzung insgesamt koste.

Frau Senatorin Hagen verweist darauf, dass die politischen Gremien mittels mehrerer Berichte über die Umsetzung der brandschutztechnischen Sanierung im HGH informiert worden seien. Herr Babendererde (5.651 Gebäudemanagement) gibt nähere Ausführungen dazu,

AM Dr. Flasbarth verweist erneut auf den Bürgerschaftsbeschluss und regt an, sich zum aktuellen Zeitpunkt auf die Umsetzung von absolut notwendigen Maßnahmen zu beschränken und nicht bereits jetzt Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, die erst im Rahmen einer späteren Grundsanie rung in fünf bis sechs Jahren durchgeführt werden sollen. In der Konsequenz sei die Bereitstellung von 11,8 Millionen Euro zum jetzigen Zeitpunkt nach seiner Auffassung nicht erforderlich. Vielmehr würden lediglich wenige Hunderttausend Euro benötigt, um den Weiterbetrieb des HGH im Längs- und Quergebäude bis zur Grundsanie rung zu ge-

währleisten. AM Flasbarth äußert den Wunsch nach einer Übersicht über alle umgesetzten Maßnahmen für jeden einzelnen Bereich des HGH.

AM Schulte-Ostermann fragt, ob sie in der heutigen Sitzung Antworten auf ihre Anfrage (VO/2023/12672-01 (TOP 5.3.1)) bekommen wird.

Herr Bürgermeister Lindenau beantwortet die Anfrage von AM Schulte-Ostermann (VO/2023/12672-01 (TOP 5.3.1)) mündlich.

AM Schulte-Ostermann stellt eine Rückfrage zu der mündlichen Beantwortung ihrer Frage 3, die Herr Bürgermeister Lindenau beantwortet.

AM Fürter spricht zu den Antworten des Bürgermeisters, stellt mehrere Nachfragen und schlägt eine Vertagung des TOP vor.

Herr Bürgermeister Lindenau beantwortet die Nachfragen von AM Fürter. Herr Uhlig (1.201 Haushalt und Steuerung) ergänzt die Antworten des Bürgermeisters.

Herr Bürgermeister Lindenau bittet darum, dass im Falle der vorgeschlagenen Vertagung der HGH-Vorlagen zumindest der Haushaltsplan der Stiftung HGH für das Haushaltsjahr 2024 (VO/2023/12371-01 (TOP 5.1)) heute beraten wird, weil nur mit einem Jahresabschluss verhindert werden könne, in die vorläufige Bewirtschaftung der Stiftung eintreten zu müssen.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung des TOP 5.2 um eine Sitzung.

AM Flasbarth stellt mehrere Nachfragen zu der Zusammensetzung einzelner Kostenkomponenten im Haushaltsplan der Stiftung HGH für das Haushaltsjahr 2024 (VO/2023/12371-01 (TOP 5.1)), die Frau Sinner (2.280 Wirtschaft und Liegenschaften) beantwortet.

Herr Bürgermeister Lindenau geht auf die von AM Flasbarth zuvor getätigte Aussage ein, das HGH habe ein funktionierendes Geschäftsmodell und betont, dass die Stiftung HGH bereits seit längerem kein funktionierendes Geschäftsmodell mehr habe, weil sie seit mehreren Jahren defizitär sei. Das Geschäftsmodell der Vermietung sei nicht kostendeckend. Auch das Geschäftsmodell des Eigenbetriebs Senior:inneneinrichtungen im HGH funktioniere nicht. Würde die Hansestadt Lübeck mit der Stiftung HGH die im Raum stehenden Sanierungen umsetzen und die Räumlichkeiten vermieten, wären Kaltmietpreise von 40 Euro pro Quadratmeter die Folge. Diese Mietpreise seien auch für den Eigenbetrieb der Senior:inneneinrichtungen kein funktionierendes Geschäftsmodell, weil eine derart hohe Miete nach den regulierten Pflegesätzen nicht abgerechnet werden dürfe.

AM Dr. Flasbarth stellt weitere Nachfragen zum Haushaltsplan der Stiftung HGH und den vorherigen Ausführungen des Bürgermeisters. Herr Bürgermeister Lindenau beantwortet die Nachfragen mit Verweis auf haushaltsrechtliche Grundsätze.

AM Möller stellt eine Frage zu den weiteren Vermögenswerten der Stiftung HGH und warum diese nicht veräußert werden, um den Weiterbetrieb des HGH zu sichern. Frau Sinner beantwortet die Frage mit Hinweis auf stiftungs- und haushaltsrechtliche Probleme, die eine solche Veräußerung mit sich brächte.

AM Akyurt kritisiert, dass der Bürgermeister die Legende verbreite, die Senior:inneneinrichtung im HGH sei aufgrund von Bürgerschaftsbeschlüssen defizitär. Sie erklärt, das Defizit resultiere aus der Amtsführung des vorherigen Wirtschaftssenators. AM Akyurt fragt, wie der Plan der Stiftung HGH aussah, die brandschutztechnische Sanierung ohne ausreichende Eigenmittel zu finanzieren.

AM Stüttgen stellt eine Verständnisfrage zu Kaltmietpreisen von 40 Euro pro Quadratmeter.

AM Dr. Flasbarth kritisiert erneut die Kosten von insgesamt 11,8 Millionen Euro und spricht zu den Kaltmietpreisen von 40 Euro pro Quadratmeter.

Der Vorsitzende erinnert an seinen Vertagungsantrag.

AM Petereit spricht zu der von AM Akyurt geäußerten Kritik und schildert seine Sicht der Dinge.

AM Voth spricht zu der von AM Akyurt geäußerten Kritik und ergänzt die Schilderung von AM Petereit.

Der Vorsitzende spricht zu den Ausführungen von AM Petereit und betont, dass eine Vertagung des TOP sinnvoll sei, da so noch unterschiedliche Fragen bezüglich des Themas HGH geklärt werden könnten.

AM Schulte-Ostermann stellt eine Nachfrage bezüglich der Konsequenzen der getroffenen Bürgerschaftsbeschlüsse zum HGH. Herr Bürgermeister Lindenau beantwortet diese.

Herr Bürgermeister Lindenau beantwortet die Nachfrage des AM Stüttgen (siehe oben) und spricht zu den Ausführungen von AM Flasbarth (siehe oben).

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.6 Anfrage von AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Städtische Mitarbeiter*innen mit EG1
Vorlage: VO/2023/12685**

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.7 Anfrage von AM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Anfrage zu Informationszugangseinschränkungen für Bürgerschafts- und Ausschussmitglieder
Vorlage: VO/2023/12694**

BM Stolzenberg begründet seine Anfrage. Er habe ein Schreiben von der Verwaltung bekommen, in welchem Bürgerschafts- und Ausschussmitglieder darum gebeten würden, davon abzusehen, Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter direkt anzusprechen oder sich mit Anfragen direkt an diese zu wenden. Im Fachbereich 4 gebe es für die dort tätigen Mitarbeitenden die Anweisung, keine direkten Anfragen von Bürgerschafts- und Ausschussmitglieder zu beantworten.

Herr Bürgermeister Lindenau verweist darauf, dass BM Stolzenberg die Antworten auf seine Fragen bereits kennen müsse, da ein umfassender E-Mail-Verkehr zwischen ihm und der Stadtverwaltung vorliege, in dem all jene Fragen erörtert worden seien und ein Verwaltungsgerichtsurteil existiere, das diese Fragen ebenfalls eindeutig beantworte. Des Weiteren verweist der Bürgermeister auf den § 30 der Gemeindeordnung Schleswig-Holsteins, der das Kontrollrecht der Gemeindevertreterinnen und -vertreter gegenüber dem Bürgermeister regelt und der auch für die Verwaltung der Hansestadt Lübeck gelte und dort angewendet werde. In Lübeck gebe es jedoch die besondere Situation, dass seitens Mitarbeitenden der Stadtverwaltung gegenüber ihren Dienstvorgesetzten der Wunsch geäußert wurde, nicht mehr direkt mit Bürgerschafts- und Ausschussmitgliedern in Kontakt treten zu müssen. Auch die Personalräte seien mit diesem Wunsch auf ihn zugekommen. Hintergrund dieses Wunsches sei der zwischenmenschliche Umgang zwischen diesen Personengruppen in der jüngeren Vergangenheit. Es sei in einer solchen Situation selbstverständlich, dass der Bürgermeister sowie die Senatorinnen und Senatoren als Dienstvorgesetzte ihren Mitarbeitenden den nachdrücklich gewünschten Schutz zukommen lassen. Er akzeptiere es nicht, dass dieser Schutz der Mitarbeitenden regelmäßig als „Maulkorb“ bezeichnet werde, denn es sei jederzeit möglich, sachliche Anfragen an den Bürgermeister sowie die Senatorinnen und Senatoren zu stellen, die dann auch gerne beantwortet werden. Abschließend hebt Herr Bürgermeister Lindenau hervor, dass es in der gesamten Stadtverwaltung keine Anweisung dazu gebe, dass Mitarbeitende nicht direkt mit Bürgerschafts- und Ausschussmitgliedern sprechen dürfen und dass es eine solche auch nicht geben werde.

BM Stolzenberg spricht zur Antwort des Bürgermeisters und legt seine Interpretation des Verwaltungsgerichtsurteils dar. Er kritisiert, dass es an ihn bislang nicht herangetragen worden sei, dass sich Verwaltungsmitarbeitende über den zwischenmenschlichen Umgang mit ihm beschwert hätten.

BM Stolzenberg bittet um schriftliche Beantwortung der Fragen.

Frau Senatorin Frank ergänzt die Antwort des Bürgermeisters, indem sie die Abläufe zur Beantwortung von Anfragen von Bürgerschafts- und Ausschussmitgliedern im Fachbereich 4 schildert.

AM Fürter bittet darum, die Verwaltungsgerichtsentscheidung im Volltext dem Protokoll oder der schriftlichen Beantwortung der Fragen beizufügen.

AM Schulte-Ostermann und AM Lötsch sprechen zu den Ausführungen von Frau Senatorin Frank.

AM Dr. Flasbarth fragt nach der Interpretation des § 30 GO SH. Er möchte wissen, woraus sich bei § 30 GO SH ergibt, dass Mitarbeitende Bürgerschafts- und Ausschussmitgliedern keine Auskunft zu bestimmten Themen geben dürfen.

Herr Ziemann beantwortet die Frage mit Verweis auf das Direktionsrecht des Bürgermeisters, welches sich auch darauf erstreckt, wie die Kommunikation der Verwaltung mit den Bürgerschafts- und Ausschussmitgliedern aussehen soll. Zudem richtet sich das Auskunftsrecht nach § 30 GO SH auf den Bürgermeister, sodass dieser auch bestimmen könne, wer letztendlich die Auskunft erteilt.

Herr Bürgermeister Lindenau spricht zu den Kommunikationspraktiken in der Verwaltung der Hansestadt Lübeck.

BM Stolzenberg und AM Zahn sprechen zum grundsätzlichen Umgang zwischen Verwaltungsmitarbeitenden und Bürgerschafts- und Ausschussmitgliedern.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.8 AM Christopher Lötsch (CDU): Brandschutzkonzept Heiligen-Geist-Hospital
Vorlage: VO/2023/12713**

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu. .

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

..

**zu 3.9 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu Genderpflicht für Gutachten
Vorlage: VO/2023/12728**

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X

	Vertagung	
	Ohne Votum	

..

**zu 3.10 AM Christopher Lötsch (CDU): Fragen zum Digitalisierungsstand in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2023/12742**

Herr Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass es der Verwaltung bis zur Hauptausschusssitzung am 12.12.2023 nicht möglich sein werde, alle Fragen vollständig zu beantworten. Er stellt einen Zwischenbericht zur Hauptausschusssitzung am 12.12.2023 in Aussicht.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.11 NEU: Mündliche Anfrage des AM Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen): Beantwortung seiner mündlichen Anfrage vom 10.10.2023 zur Baugenehmigung für Brandschutzkonzept HGH

AM Dr. Flasbarth fragt nach der Beantwortung seiner mündlichen Anfrage aus der letzte Sitzung des Hauptausschusses, ob die Baugenehmigung des Brandschutzkonzeptes im HGH aufgehoben worden sei.

Anmerkung zum Protokoll: Die Beantwortung erfolgte als Nachtrag zur Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 10.10.2023, TOP 3.9.

zu 3.12 NEU: Mündliche Anfrage des AM Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen): Anmeldung des Baubeginns für Brandschutzkonzept HGH

AM Dr. Flasbarth äußert, es sei behauptet worden, dass die Anmeldung des Baubeginns für die Umsetzung des Brandschutzkonzeptes im HGH nicht möglich sei. Nun solle die Brandmeldezentrale ausgetauscht werden. Er fragt, ob dieser Austausch ein Vorgang dafür sein könnte, den Baubeginn anzumelden.

Frau Senatorin Hagen sagt die zeitnahe Beantwortung der Frage zu.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen:
Zwischenevaluation
(u. a. Beantwortung der Anfrage von AM Helmut Müller-Lornsen vom
12.09.2023, VO/2023/12530)
Vorlage: VO/2023/12658**

AM Groß fragt nach, ob zukünftig mehr Sozial- und Streetworker tätig werden sollen.

Frau Senatorin Steinrücke legt dar, dass keine Aufstockung beim Personal geplant sei. Eine Angebotserweiterung werde aber durch erweiternde Öffnungszeiten erreicht.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Bürgerschaftsauftrag zur Zukunft der Geh- und Radwege in Lübeck
Vorlage: VO/2023/12397**

AM Fürter regt an, auch die Parkplatzbedürfnisse für PKW zu berücksichtigen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Sachstandsbericht zum Parkhaus Holstentor
Vorlage: VO/2023/12401**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.4 Zukunftskonzept untere Bauaufsicht Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2023/12440**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.5 Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde - Ergänzung Variante 6
Vorlage: VO/2023/12514**

Die Beratung dieses TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Haushaltsplan der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital (HGH) für das Haushaltsjahr 2024 Vorlage: VO/2023/12371-01
---------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Dieser TOP wurde gemeinsam mit den TOP 3.5, 3.8, 5.2, 5.3 und 5.3.1 beraten. Siehe Protokoll zu TOP 3.5.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der Haushaltsplan **für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital** für das **Haushaltsjahr 2024** wie folgt festgesetzt:

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	2.262.600	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	2.445.300	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	182.700	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.154.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.948.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	727.100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	736.000	EUR

II.

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 EUR |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 EUR |
| 4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 1 Stelle |

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 5.2 Kostenübernahme durch die Hansestadt Lübeck für das durchzuführende VGV-Verfahren zur brandschutztechnischen Ertüchtigung des Alten- und Pflegeheimes im Heiligen-Geist-Hospital
Vorlage: VO/2023/12669**

Dieser TOP wurde gemeinsam mit den TOP 3.5, 3.8, 5.1, 5.3 und 5.3.1 beraten. Siehe Protokoll zu TOP 3.5

Der Vorsitzende lässt über seinen Antrag zur Vertagung des TOP 5.2 abstimmen.:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

***Der Hauptausschuss vertagt die Beratung
der Beschlussvorlage um eine Sitzung.***

**zu 5.3 Erstattung aller bisher geleisteten Brandschutzkosten im Rahmen des Interimskonzeptes der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital durch die Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2023/12672**

Dieser TOP wurde gemeinsam mit den TOP 3.5, 3.8, 5.1, 5.2 und 5.3.1 beraten. Siehe Protokoll zu TOP 3.5.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

1. Die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital erhält für bereits geleistete und beauftragte Brandschutzmaßnahmen zur Umsetzung des Interimskonzepts zur Gewährleistung des Brandschutzes eine Zuweisung in Höhe von 373.897,79 EUR.
2. Die Gewährung steht unter dem Vorbehalt der Bestätigung der kommunal- und beihilferechtlichen Zulässigkeit durch das von der Stiftung in Auftrag gegebene Gutachten.
3. Die haushaltsmäßige Ordnung ist herzustellen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3.1 Anfrage von AM Juleka Schulte-Ostermann zu: VO/2023/12672 Erstattung aller bisher geleisteten Brandschutzkosten im Rahmen des Interimskonzeptes der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital durch die Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2023/12672-01**

Dieser TOP wurde gemeinsam mit den TOP 3.5, 3.8, 5.1, 5.2 und 5.3 beraten. Siehe Protokoll zu TOP 3.5.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.

**zu 5.4 Jahresabschluss der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Jahr 2022
Vorlage: VO/2023/12551**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2022 der Entsorgungsbetriebe Lübeck wird

mit einer Bilanzsumme zum 31.12.2022 von
mit einer Summe der Erträge von
mit einer Summe der Aufwendungen von
und einem Überschuss von

EUR 507.244.881,79
EUR 114.058.932,20
EUR 108.376.538,94
EUR 5.682.393,26

festgestellt.

Beschlusstext:

Der Jahresüberschuss von EUR 5.682.393,26 wird in die Bilanzposition `Rücklage aus kalkulatorischen Einnahmen` eingestellt.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.5 2. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck vom 02.12.2020 in der Fassung vom 16.10.2022 und des dazugehörigen Straßenverzeichnisses
Vorlage: VO/2023/12653

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck und das als Anlage 1a beigefügte Straßenverzeichnis werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.6 Provenienzforschung in der Völkerkundesammlung der LÜBECKER MUSEEN und Restitution von Sammlungsobjekten aus kolonialen Kontexten
Vorlage: VO/2023/11943

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck bekennt sich zu der im »Museumsentwicklungsplan 2020 – 2030« (VO/2020/09097) formulierten Verantwortung, die Herkunft von Objekten (Provenienz) in der Völkerkundesammlung der LÜBECKER MUSEEN weiter zu erforschen und transparent zu machen, um eine intensive Aufarbeitung und dialogische Erschließung des kolonialen Erbes zu ermöglichen. Sie folgt damit den Empfehlungen und Zielsetzungen der »Ersten Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten«, die am 13.03.2019 gemeinsam von der Staatsministerin des Bundes für Kultur und Medien, der Staatsministerin im Auswärtigen Amt für internationale Kulturpolitik, den Kulturminister:innen der Länder sowie den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart wurden und somit als nationale Standards für Museen gelten (s. Anlage 1).
2. Sofern die Aneignung von Sammlungsobjekten gemäß den Forschungsergebnissen und im Sinne der »Eckpunkte« nachweislich in rechtlich und/oder ethisch heute nicht mehr vertretbarer Weise erfolgte, wird der Bürgermeister beauftragt, in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und dem Staatsministerium für Kultur und Medien Kontakt mit den Ursprungsgemeinschaften der Objekte sowie anderen Institutionen in den Herkunftsländern aufzunehmen, um zu klären, ob eine Rückgabe dieser Objekte gewünscht wird und um ggf. ergebnisoffene Verhandlungen über die Optionen und Verfahren einer Restitution aufzunehmen. Dies gilt insbesondere für Erwerbungen, die im Kontext von kriegerischen Handlungen, Völkermorden, durch Raub oder Betrug in den Herkunftsländern erfolgt sind, und auch, wenn diese Gegenstände erst durch Dritte, durch Schenkung oder Kauf in die Sammlung gelangten. Über die Ergebnisse der Verhandlungen ist dem Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege zu berichten.
3. Der Bürgermeister wird ermächtigt, Restititionen sogenannter »Human Remains« (menschlicher Überreste) nach eigenem fachlichen Ermessen und sorgfältiger Dokumentation in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und dem Staatsministerium für Kultur und Medien selbständig durchzuführen, sofern dies im Einzelfall von den Herkunftsgemeinschaften gewünscht wird. Über geplante Rückführungen menschlicher Überreste ist der Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege vorab zu informieren.
4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, Restititionen nach eigenem fachlichen Ermessen und nach sorgfältiger Dokumentation in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und dem Staatsministerium für Kultur und Medien selbständig durchzuführen, wenn der Wert des Einzelobjektes die in § 8 Absatz 2 Nr. 7 der Hauptsatzung der Hansestadt Lübeck festgelegten Wertgrenzen (25.000 €) nicht übersteigt. Bei Objekten mit besonderer wissenschaftlicher öffentlicher Bedeutung haben die LÜBECKER MUSEEN die vorhergehende Erfassung sicherzustellen und einen künftigen Zugang zu diesen Zwecken anzustreben. Über geplante Rückführungen ist der Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege vorab zu informieren.
5. Über Restititionen von Objekten, die diese Wertgrenze übersteigen, entscheidet die Bürgerschaft im Einzelfall nach Darlegung der von den LÜBECKER MUSEEN erforschten Provenienz und ausgehend von einem mit dem Auswärtigen Amt und dem Staatsministerium für Kultur und Medien abgestimmten Vorschlag, wie die Restitution konkret vollzogen werden soll.
6. Zur Restitution von Objekten der Völkerkundesammlung, die der Hansestadt Lübeck im Zuge des 1934 mit der »Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit« abgeschlossenen Vertrages übereignet wurden, wird mit der Gesellschaft eine Zusatzverein-

barung geschlossen, die das Verfahren zur Beteiligung der Gemeinnützigen im Entscheidungsprozess regelt. Die zwischen der Hansestadt Lübeck und der Gemeinnützigen abgestimmte Vereinbarung ist Bestandteil dieses Beschlusses (Anlage 3).

7. Rückgabeverpflichtungen der LÜBECKER MUSEEN als öffentliche Einrichtung aufgrund höherrangigen Rechts bleiben von diesem Beschluss unberührt.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung Ohne Votum	

**zu 5.7 Annahme einer Zuwendung der Possehl-Stiftung in Höhe von 1.000.000,00 Euro für das Programm zur »Neupositionierung der Kunsthalle St. Annen 2023-2025«
Vorlage: VO/2023/12643**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Die von der Possehl-Stiftung angebotene Zuwendung in Höhe von 1.000.000,00 Euro für die Realisierung des Programms zur Neupositionierung der Kunsthalle St. Annen 2023 – 2025 wird angenommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

***Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig
die Annahme der Beschlussvorlage.***

**zu 5.8 Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde
Vorlage: VO/2022/11168**

Die Beratung dieses TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.9 Projektfreigabe zur Umnutzung des "Hausmeister-Hauses" an der Gotthard-Kühl-Schule am Neuhof zur Aufnahme des Schulsozialdienstes.
Vorlage: VO/2023/12656**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt das Projekt der Umnutzung des bestehenden Hausmeister-Gebäudes zur Aufnahme des Schulsozialdienstes an der Gotthard-Kühl-Schule am Neuhof (Grundschule) auf der Grundlage der EW-Bau umzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.10 Freigabe zur Fortführung der Maßnahme "Albert-Schweitzer-Schule - Neubau einer Sporthalle" aufgrund Überschreitung der Projektkosten
Vorlage: VO/2023/12657**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt die Baumaßnahme „Albert-Schweitzer-Schule - Neubau einer Sporthalle“ mit Mehrkosten in Höhe von 500.000 € fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.11 Freigabe zur Fortsetzung des Projektes "4. Bauabschnitt Sanierung C.-J.-Burckhardt Gymnasium, Ziegelstr. 38, 23556 Lübeck", aufgrund Überschreitung der Projektkosten von >175.000 EUR netto des veranschlagten Gesamtbudgets
Vorlage: VO/2023/12660**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Baumaßnahme „Sanierung C.-J.-Burckhardt Gymnasium, 4. Bauabschnitt“ mit Mehrkosten von 443.500,- € brutto fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.12 Freigabe zur Fortsetzung des Projektes "Erweiterung, Umbau und Modernisierung der Albert-Schweitzer-Schule, Albert-Schweitzer-Straße 59, 23566 Lübeck" aufgrund Überschreitung der Projektkosten von >175.000 EUR netto des veranschlagten Gesamtbudgets
Vorlage: VO/2023/12678**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Baumaßnahme „Erweiterung, Umbau und Modernisierung der Albert-Schweitzer-Schule“ mit Mehrkosten von 985.000,- € brutto fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen und Sachleistungen an die Fraktionen der Bürgerschaft
Vorlage: VO/2023/12314**

Die Beratung dieses TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Kein Verkauf des Sportplatzes an der Grundschule Niederbüßau
Vorlage: VO/2023/12708**

BM Stolzenberg begründet seinen Antrag. Der fragliche Sportplatz an der Grundschule Niederbüßau werde seit Jahrzehnten als solcher genutzt. Der Kronsforder Sportverein habe die Fläche des Sportplatzes von einem Landwirt gepachtet. Er habe kürzlich davon erfahren,

dass die KWL GmbH die fragliche Fläche im Rahmen des Grunderwerbs für das Gewerbegebiet Semiramis erworben habe und sie nun an einen anderen Landwirt verpachten wolle, der sie als landwirtschaftliche Fläche nutzen wolle. BM Stolzenberg ist der Ansicht, dass eine solche Verpachtung nicht im Interesse der Hansestadt Lübeck und der Menschen vor Ort liegen könne.

Der Vorsitzende fragt, inwiefern bezüglich des Antrages von AM Stolzenberg Eile geboten sei.

Herr Gerdes (KWL GmbH) legt dar, dass keinerlei Eile geboten sei, weil die fragliche Fläche als Fläche planungsrechtlich als öffentliche Fläche für sportliche Aktivitäten gesichert sei. Der KWL GmbH sei nicht bekannt gewesen, dass der Sportverein und die Grundschule weiter daran interessiert sind, die Fläche als Sportplatz zu nutzen. Herr Gerdes weist zudem darauf hin, dass die KWL GmbH noch nicht der Eigentümer der Fläche sei, sondern weiterhin der bislang verpachtende Landwirt. Herr Gerdes berichtet, dass sich die KWL GmbH mit einem Vertreter des Sportvereins und dem potenziellen zukünftigen Pächter zusammensetzen wolle, um über mögliche Lösungen zu sprechen. Herr Gerdes gibt zu verstehen, dass er optimistisch sei, dass die Fläche weiterhin in öffentlicher Hand bleibt.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung der Anfrage und bittet darum, dass die Gesprächsergebnisse dem Hauptausschuss seitens der KWL GmbH zeitnah mitgeteilt werden.

AM Schulte-Ostermann spricht zu dem Antrag und hebt hervor, dass ihrer Ansicht nach derzeit kein kommunalpolitischer Handlungsbedarf bestehe. Sie plädiert für eine direkte Klärung zwischen allen beteiligten Akteuren.

Herr Gerdes befürwortet ebenfalls dieses Vorgehen.

BM Stolzenberg äußert, dass eine kommunalpolitische Bewertung des Vorgangs durchaus geboten sei und dass sich der Schul- und Sportausschuss mit der Frage beschäftigen solle.

Der Vorsitzende lässt über seinen Vertagungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

***Der Hauptausschuss beschließt bei 1 Gegenstimme
mehrheitlich die Vertagung des TOP
bis die Gesprächsergebnisse vorliegen.***

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:43 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18:43 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt der Vorsitzende mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung eine Antwort und eine Beschlussvorlage des Bürgermeisters behandelt worden sind.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt um 18:45 Uhr die Sitzung.

Lübeck, den 24. Januar 2024

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Tim Landschof
Protokollführung